

Das Statistische Bundesamt hat am Donnerstag bekannt gegeben, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im vorigen Jahr um 1,9 Prozent gewachsen ist. Die Kritik an dieser statistischen Zahl ist so alt wie das Konzept selbst.



Wer seine Klamotten selbst bügelt, trägt nichts zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei. Wenn hingegen eine bezahlte Haushaltshilfe bügelt, fließt der Lohn ins BIP ein.

Foto: imago/Science Photo Library

»Das BIP war ein Instrument des Krieges«

Der Ökonom Philipp Lepenies kritisiert, dass der Glaube an das Bruttoinlandsprodukt Verteilungsfragen verdrängt

Philipp Lepenies ist Gastprofessor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und leitet dort das Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU). 2013 veröffentlichte er das Buch »Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts« (Suhrkamp). Die Fragen stellte Guido Speckmann. Foto: privat



Herr Lepenies, am Donnerstag wurde das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2016 bekannt gegeben. Waren Sie gespannt? Gespannt ist übertrieben. Als Ökonom interessiert mich die Zahl natürlich. Aber nicht so, dass ich ihr entgegenfiebere würde. Wichtig ist das BIP sicherlich. Zusammen mit seiner Veränderungsrate, dem Wachstum, ist es die einzige Kennziffer, die es neben der Zahl der Arbeitslosen überhaupt schafft, regelmäßig große Aufmerksamkeit in den Medien und der Politik zu bekommen. Und das trifft fast für jedes Land der Welt zu. Das muss eine Statistik erst mal schaffen.

Das überrascht. Wenn man Ihr Buch »Die Macht der einen Zahl« liest, kommt man zu dem Schluss, dass das BIP kein taugliches Instrument zur Wohlstandsmessung ist. Das Besondere ist ja, dass das BIP als Indikator für den Zustand der Ge-

sellschaft gesehen wird, obwohl es das ja eigentlich nicht misst. Das BIP erfasst nur den Wert der Produktion eines Jahres. Mehr nicht. Aber steigt das BIP, haben wir also Wachstum, wird alles gut. Das wird uns von Politik und Medien vermittelt. Ein hohes Wachstum bedeutet steigenden Wohlstand, hoffentlich mehr Arbeitsplätze und nicht zu vergessen: geopolitische Macht. Länder wie China und Indien legitimieren ganz offen ihre gewachsene weltpolitische Stellung durch Wachstum.

Der britische Ökonom Arthur Cecil Pigou schrieb: »Wenn ein Mann seine Haushaltshilfe heiratet oder seine Köchin, verringert sich das Volkseinkommen.« Was sind die Schwächen des BIP? Die Stärke ist seine Einfachheit. Aber das ist auch seine Schwäche. Das BIP erfasst nur das, was am Markt gehandelt wird. Bügelt eine bezahlte

Haushaltshilfe Hemden, zählt das zum BIP. Wenn sie kündigt und der Mann die Hemden selber bügeln muss, zählt dies als unbezahlte Hausarbeit nicht mehr. Gleiche Tätigkeit, aber ungleiche Erfassung. Total unlogisch. Für manche Länder, in denen Hausarbeit eine viel größere Rolle spielt, weil beispielsweise keine funktionierenden Sozialsysteme existieren, ergibt das BIP ein verzerrtes Bild der wirtschaftlichen Aktivität. Schlimmer ist es natürlich mit der Umweltverschmutzung. Für die gibt es keinen Marktpreis, also wird Umweltzerstörung nicht eingerechnet. Dass wir uns mit den Folgen des Klimawandels rumschlagen müssen, ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Politik die Folgen der industriellen Expansion einfach nicht »bepreist« hat und durch das BIP abgelenkt wurde.

Auch Simon Smith Kuznets, einer der »Erfinder« des BIP, war sich der Nachteile seines Konzeptes bewusst. Was kritisierte er? Für Kuznets, übrigens ein berühmter Ungleichheitsforscher, war es wichtig, darauf zu achten, wie der geschaffene Wert der Produktion auf die unterschiedlichen Einkommen verteilt wurde. Darauf sollten seiner Meinung nach die Politiker besonders schauen, weniger darauf, ob mehr produziert wird. Lange hat er in den 1940er Jahren, als das BIP, damals hieß es noch Bruttosozialprodukt, seinen Siegeszug in den USA antrat, dafür geworben, dass die Verteilung bei der Fokussierung auf das Wachstum nicht außer Acht gelassen werden darf. Leider ohne Erfolg.

Wieso konnte die »eine Zahl« so eine große Wirkung entfalten? Das Bruttosozialprodukt war ein Instrument des Krieges. Es sollte der US-amerikanischen Regierung nach dem Kriegseintritt der USA anzeigen, dass die Umstellung einer Friedens- auf eine Kriegsökonomie gelang. Ein höheres BIP bedeutete die Produktion von mehr Waffen und Rüstungsgütern. Während des Krieges schauten die amerikanischen Politiker nicht nur gebannt auf die Kriegsschauplätze in Europa und Asien, sondern auch auf das Bruttosozialprodukt.

Der Krieg war 1945 vorbei. Wieso war das BIP auch in der Nachkriegszeit so wichtig? Das Entscheidende war, dass man mit der Ausweitung der Produktion auch alle Probleme der Nachkriegszeit glaubte, lösen zu können: die Integration der heimkehrenden Soldaten in den Erwerbsprozess, den Wiederaufbau des westlichen Europas, die Entwicklung der unterentwickelten ehemaligen Kolonien und vor allem den Systemwettbewerb mit der Sowjetunion.

Ein stetig steigendes Sozialprodukt war somit die Voraussetzung für den »Wohlstand für alle«, den Ludwig Erhard versprach? Für die unmittelbare Nachkriegszeit stimmte das. Durch das damalige Wachstum bekamen die Menschen Arbeit, verdienten mehr, konnten sich Wohnungen, Autos und Urlaub leisten. Problematisch ist, dass man zur Zeit des deutschen Wirtschaftswunders glaubte, stetiges Wachstum wä-

re möglich und deswegen müsse man nicht länger auf die Verteilung des Wohlstands achten. Der Glaube war, durch Wachstum profitieren alle. Aber das stimmt nur für die frühen 1950er Jahre. Das ist, wenn man so will, die Tragik an der Wachstumsausrichtung. Man ist immer noch der Ansicht, dass Wachstum dieselben Effekte hervorbringen kann, wie in der westlichen Welt vor fast 70 Jahren.

Die Kritik am Sozialprodukt legt nahe, dass es keine Rolle mehr spielen sollte. Die Kritik am BIP ist so alt wie das BIP. Und Vorschläge, was man anders machen könnte, gibt es genauso lange. Aber durchgesetzt hat sich bislang keiner. Das BIP sitzt fest im Sattel, weil das Festhalten am Wachstum die politische Illusion erzeugt, sich nicht mit Verteilungsfragen beschäftigen zu müssen. Plötzlich bestimmt aber dieses Thema wieder die Debatten. Der Mahner Kuznets ist somit aktueller denn je.

Gibt es Chancen, dass sich bessere Verfahren zur Wohlstandsmessung durchsetzen? Ich glaube nicht, dass das BIP durch eine Alternative abgelöst wird oder dass wir uns zu Postwachstumsgesellschaften entwickeln. Beide Vorstellungen sind absurd und naiv. Aber schwindende soziale Kohäsion bei uns und fast auf der ganzen Welt wird Politiker zwingen dazu, sich mit dem Thema Ungleichheit stärker zu befassen, das sie in ihrer Wachstumseuphorie verdrängt haben.

Wachstum gibt Piketty recht

Vergangenes Jahr legte die deutsche Wirtschaft mit real 1,9 Prozent stärker als erwartet zu / Beschäftigung liegt auf Rekordniveau

Der Staat gibt mehr Geld aus, die Löhne steigen. Glaubt man neoliberalen Ökonomen, müsste die Wirtschaft derzeit am Boden liegen. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Von Simon Poelchau

Noch will Dieter Sarreither ein paar Sekunden warten, denn es ist nicht zehn Uhr. Dann ganz pünktlich gibt der Chef des Statistischen Bundesamtes (Destatis) bekannt, worauf alle bei der Pressekonferenz am Donnerstag in Berlin anwesenden Journalisten warten: Die deutsche Wirtschaft ist ersten Berechnungen zufolge vergangenes Jahr um 1,9 Prozent gewachsen. Die konjunkturelle Lage sei 2016 damit »durch ein solides und stetiges Wirtschaftswach-

stum« gekennzeichnet gewesen, führt Sarreither vorsichtig an. »Spiegel-Online« ist da weniger zurückhaltend. Kurze Zeit später titelt das Internetportal schlicht und einfach »Boom!«. Denn 1,9 Prozent, das müssen auch Kritiker der herrschenden Wirtschaftspolitik zugeben, ist gut, ist mehr als erwartet. In ihrer letzten Schätzung, der Herbstprojektion, ging die Bundesregierung von 1,8 Prozent aus. Forschungsinstitute wie das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) oder das DIW Berlin tippten auch auf diese Zahl. Nun steht die Bundesrepublik besser da als die USA, Japan und der Durchschnitt sowohl der EU als auch der Eurozone. Damit ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2016 schneller gewachsen

als die beiden Jahre zuvor. 2014 betrug die Wachstumsrate 1,6 und 2015 1,7 Prozent. Zum einen beschert dies dem Staat massig Steuereinnahmen – trotz des Anstiegs ihrer Konsumausgaben um 4,2 Prozent verzeichneten Bund, Länder und Gemeinden laut den Statistikern einen Finanzierungsüberschuss von 19,2 Milliarden Euro beziehungsweise 0,6 Prozent des BIP. Zum anderen sind die öffentlichen Haushalte auch mitverantwortlich für die gute Konjunktur. Schließlich wurde der Aufschwung 2016 vor allem vom Binnenkonsum und den Inlandsinvestitionen getragen. Neben den staatlichen Auslagen für die Unterbringung und Integration der hierzulande angekommenen Geflüchteten kurbelten auch die privaten Konsumausgaben mit plus 2,0

sowie die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen mit einem Zuwachs von 3,1 beziehungsweise 1,7 Prozent die Wirtschaft an. Man könnte also sagen, dass das Wachstum 2016 die neoliberale Ideologie des ständigen Sparens und der ewigen Lohndrückerei widerlegt. So ähnlich sieht es zumindest der wirtschaftspolitische Sprecher der Linkspartei im Bundestag, Michael Schlecht: »Wir brauchen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung eine weitere Steigerung der Binnennachfrage«, sagt er gegenüber dem »neuen deutschland«. Dazu brauche man steigende Reallöhne, Umverteilung und mehr öffentliche Investitionen. »Ohne die Entwicklung des privaten und staatlichen Konsums würde die wirtschaftliche Entwicklung

nicht gut dastehen.« Schlecht schlägt vor, die Binnennachfrage auch durch eine Entlastung von unteren und mittleren Einkommen zu stärken. Eine etwas genauere Betrachtung der Wachstumszahlen könnten sogar den kühnen Schluss nahelegen, dass die deutsche Wirtschaft Thomas Piketty Recht gibt. Der französische Starökonom hatte 2014 mit seinem Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« eine Debatte über die wachsende Konzentration von Vermögen angestoßen. Pikettys Kernthese: Die Wirtschaft schwächelt, wenn ihr Wachstum geringer ist als die Renditen der Kapitalbesitzer. Umgekehrt gilt für 2016: Während die Wirtschaft unbereinigt um 3,3 Prozent wuchs, legten die Kapitaleinkommen lediglich um 3,1 Prozent zu.

Gleichzeitig konnten sich Staat und Angestellte über mehr Geld im Portemonnaie freuen. Um 3,6 Prozent stiegen alle Arbeitnehmerentgelte zusammengerechnet, was an höheren Löhnen und an der gewachsenen Beschäftigung lag. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg auf ein Rekordniveau von knapp 43,5 Millionen. Gustav Horn, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts IMK, wäre mit solchen Schlüssen vorsichtiger. Ihm zufolge beschreibt Piketty eine historische Tendenz und keine Jahresbetrachtung. Doch meint auch Horn, dass es jetzt gerechter zwischen Beschäftigten und Unternehmen zugehe: »Es bleibt jetzt nicht mehr nur alles im Unternehmen hängen«, kommentiert der Ökonom die neuesten Wachstumszahlen.